

Europa, verloren im Klein-Klein

■ INGRID STEINER-GASHI

Während meiner Schul- und Studienzeit war die Sowjetunion neben den USA eine der beiden Supermächte. Sie herrschte über das größte Territorium der Welt, sie besaß ein schier unvorstellbar riesiges Arsenal atomarer und konventioneller Waffen und ein alles kontrollierendes Aufgebot an Sicherheitsdiensten. Aber keine ihrer Atombomben, keine ihrer Waffen, Soldaten, KGB-Offiziere oder kommunistischen Parteikader hat sie retten können. Am 26. Dezember 1991 wurde sie endgültig aufgelöst. Weg war die UdSSR – und sie kam nie wieder.

Deshalb ist die Frage mehr als berechtigt, ob es der Europäischen Union eines Tages nicht auch so ergehen könnte. Ein Blick zurück in die Geschichte lehrt: Jedes Großreich, jedes noch so mächtige Imperium ist irgendwann untergegangen. Und das nicht nur, weil sie von Feinden erobert oder von inneren Revolutionen gestürzt wurden. Manchmal waren es auch die veränderten Gegebenheiten – Klima, Wirtschaft, Bevölkerungsrückgänge, Seuchen, auf die ein Herrschaftssystem nicht rechtzeitig und adäquat reagiert hat. Und so waren es Reformunfähigkeit oder Reformunwilligkeit, Starrheit, die völlige Abgehobenheit der Eliten, Zeichen der Krise zu erkennen, Saturation und der Selbstbetrug, sich vorzugaukeln, die Lage sei so gut wie immer – allesamt Zutaten, die ein politisches System in den Untergang führen können.

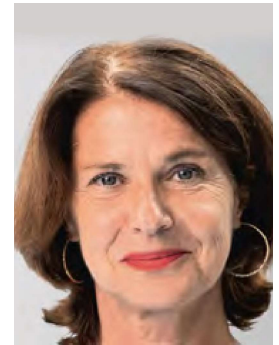
Der Europäischen Union, diesem großen, ehrgeizigen Friedensprojekt, das aus der Asche des Zweiten Weltkrieges entstanden ist, diesem eigentlich noch relativ jungen politischen Gebilde, kann man vieles vorwerfen – nicht aber, dass es nicht auf Krisen reagieren würde. Etwa auf die internationale Finanzkrise des Jahres 2008.

Oder auf die Migrationswellen von 2015 oder auf die Corona-Pandemie. Teils wurde wirksam und gemeinschaftlich auf die Herausforderungen geantwortet, teils – wie etwa in der Migrationsfrage – wurde zumindest versucht sich an zielführende Lösungen heranzuarbeiten. Und selbst als sich mit Großbritannien erstmals ein EU-Mitgliedsland von der Union verabschiedete, brachte das das Unionshaus nicht zum Einsturz, sondern festigte es sogar, zumindest kurzfristig, den Zusammenhalt der 27 anderen, zurückgebliebenen Mitglieder.

Meister beim Verwalten

Aber seither wird es immer dringender, die Frage zu beantworten: Wer sind wir? Und was wollen wir sein? Denn die große Friedens Erzählung, die einige Jahrzehnte nach 1945 noch gelebte Realität war, hat ihre Bedeutung verloren. Welcher 30-Jährige, welche 40-Jährige, welcher Teenager lässt sich heute noch davon beeindrucken, dass die einstigen Todfeinde Deutschland und Frankreich durch die EU friedlich zusammengespant sind? Frieden, Demokratie, Sozialsysteme, Rechtsstaat – alles gefühlt so selbstverständlich in der Mehrheit der rund 450 Millionen Einwohner der Europäischen Union.

So selbstverständlich und deswegen umso gefährdeter, wenn ein politisches System nur verwahrt und verwaltet wird, im besten Fall einer Krise ausweicht – aber nicht nach vorne blickt. Und da sind wir heute, in der Europäischen Union: Wir verwahren und verwalten, halten einen Rat und eine Konferenz nach der anderen ab, produzieren Unmengen an Regeln, Gesetzen, Verordnungen. Wir verlieren uns im Klein-Klein ohne das große Ganze an-



Ingrid Steiner-Gashi leitet die außenpolitische Redaktion im Medienhaus KURIER. Zuvor war sie sechs Jahre in Brüssel als EU-Korrespondentin tätig. Das berufliche Interesse der Autorin mehrerer Bücher gilt besonders den großen Fragen der Geopolitik, der Befreiung von Dogmen und ihrer alten Liebe für den Balkan.

■ **Wir malen den Nebengang im Haus Europa wieder einmal neu aus, während wir doch dringend das Fundament des Gebäudes sichern müssten.**

zugehen. Wir malen den Nebengang im Haus Europa wieder einmal neu aus, während wir doch dringend das Fundament des Gebäudes sichern müssten. Dabei wusste es doch schon Giuseppe Tomasi di Lampedusas Held Tancredi in seinem Roman *Der Leopard* (1958, 2019 Dt.): „Wenn alles bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern.“

Was also muss sich ändern? Wenn Europa eine Wirtschaftsmacht bleiben will, muss es sich fundamental stärken, sich gegen seine mit unfairen Mitteln wie Zöllen und Drohungen agierenden Konkurrenten absichern, kurz gesagt: seine vorhandenen Stärken endlich ausspielen. Dafür wäre endlich der Binnenmarkt zu vollenden und die Kapitalmarktunion auf die Beine zu setzen.

Aber da sind wir schon mitten drinnen, in der eigentlichen Malaise der EU – ihrer Unfertigkeit, ihrer Unvollendung. Wesentliche gemeinsame Instrumente zur Bewahrung von Wohlstand und Sicherheit der europäischen Staaten, Völker, Menschen fehlen noch immer. Einen wirklich effizienten gemeinsamen Grenzschutz gibt es ebenso wenig wie eine gemeinsame Verteidigungspolitik und selbst das zuletzt vielgepriesene Vorhaben, gemeinsam Rüstungsgüter zu beschaffen, kommt nicht und nicht in die Gänge. Und integrierte europäischen Armeen? Jetzt und auch in weiterer Zukunft so gut wie unvorstellbar. Wir, die Europäer, sind also in diesem Torso, der eine gute Weile hervorragend agieren konnte, stecken geblieben, während die Gegebenheiten draußen begonnen haben, sich zu unseren Ungunsten zu drehen. Ein hochaggressives Russland, ein ökonomisch immer mächtigeres China, das unsere europäische Wirtschaftskraft an die Wand drückt und ein ehemaliger starker Freund Amerika, der mit Präsident Trump jeden Tag aufs Neue spüren lässt, wie wenig man vom einstigen Verbündeten Europa hält.

Gesucht: Politiker für mehr Europa

Seither wird nur noch gemanagt: Ein

EU-Sondergipfel hier, eine Notverordnung dort – und selbst diese werden stets nur unter Schmerzen erkämpft, weil sich die Einheit und Gemeinsamkeit der 27 EU-Staaten kaum noch herstellen lässt. Die viel beschworene „europäische Souveränität“ als Antwort auf die anhebenden Stürme draußen – sie wird sich ohne mehr europäische Integration nicht realisieren lassen. Aber wo wäre derzeit der europäische Politiker oder die europäische Regierungschefin zu finden, der oder die für „mehr“ Europa plädiert? Die oder der es wagt zu fordern, der eigene Staat müsse einen Teil seiner Steuerkompetenz oder seiner Armee einem größeren, europäischen Ganzen unterordnen?

Genau: Nirgendwo. In Zeiten, wo das EU-Bashing immer bestens zur Hand geht, wenn es gilt, eigene Fehler zu kaschieren, werden die Fliehkräfte immer größer, steigt exponentiell die EU-Skepsis der Bürger und Bürgerinnen. Institutionen und Abläufe in der EU funktionieren nach wie vor wie gewohnt, aber unter der Oberfläche hat sich die Idee der Integration verabschiedet.

Doch ohne mehr Integration hat der schleichende Abstieg schon eingesetzt. Dazu kommt das Fehlen vorwärtsgerwandter „Koalitionen der Willigen“ – nur in den seltensten Fällen bringen einige Staaten im Zusammenschluss proaktiv Entwicklungen in Gang. Viel eher sind es Veto-Koalitionen, die bestimmte Beschlüsse zu Fall bringen.

Der überall zu spürende Aufstieg rechtsextremistischer Parteien wird die Vision eines weiter zusammenwachsenden Europas endgültig vom Tisch wischen. Deren Vision geht vielmehr in Richtung einer EU als einer freiwilligen Zusammenarbeit unabhängiger Staaten, mit eigenen Institutionen und eigenen Grenzen.

Fazit: Ein bloßes Funktionieren – ohne Ziel und ohne Maßnahmen, wie dieses zu erreichen ist, wird die Europäische Union früher oder später zum Scheitern bringen. So wie alle politischen Systeme, die sich Veränderungen verweigert haben. ■